

turbine

Mitteilungsblatt der DKP für VOITH-Beschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 03

April 2004

Jahrgang 33

Machtvolle europaweite Demonstrationen

Sozialkahlschlag bekämpfen - Widerstandsaktionen ausbauen

Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute: „Jetzt sind die Betriebe gefordert“

Mut und kämpferische Zuversicht, das solidarische Handeln vieler Einzelpersonen und unterschiedlichster gesellschaftlicher Gruppen, Organisationen und gewerkschaftlicher Initiativen verbreiteten Hoffnung und waren die Hauptakteure der machtvollen Gegenwehr gegen Sozialabbau, Lohndiskriminierung und unbezahlter Arbeitszeitverlängerung. Wenn die Gewerkschaften wollen, werden sie von den Menschen im Lande nicht im Stich gelassen. In Stuttgart, Berlin, Köln, Rom, Paris und anderen europäischen Städten demonstrierten über 1 Million Arbeiter Angestellte, Schüler und Rentner aus allen gesellschaftlichen Schichten.

Diese soziale, europaweite Be-

wegung darf nicht enttäuscht werden. Insbesondere alle DGB-Gewerkschaften stehen in der Verantwortung, nicht nur



für ihre Mitglieder, sondern auch für alle Menschen, die zum Widerstand bereit sind, organisatorische und logisti-

sche Aufgaben zu übernehmen. Die Demonstration für soziale Rechte und für soziale Sicherheiten muss als ein europaweiter Erfolg gewertet werden. Wir sind das Volk. Nicht die Unternehmerfürsten und die Bankenaktionäre oder die Immobilienspekulanten, ob in Heidenheim oder anderswo.

Auch für die Losung Zukunft heißt die Losung: Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt.



UZ unsere zeit -die Mai-Sonderausgabe-

An den VOITH-Werkstoren

Ab der Frühschicht

Am Freitag, den 30. April 2004

Gemeinderatswahlen 2004

**Am 13. Juni 2004 sind die Gemeinderatswahlen.
Sechs von 29 Kandidatinnen und Kandidaten werben um Ihre
Zustimmung**



Wilhelm Benz
geb.: 19.11.1953
Verkäufer
Betriebsratsvors. Pro Markt
DKP Mitglied

Liane Huber
geb.: 01.05.1983
Schülerin
parteilos



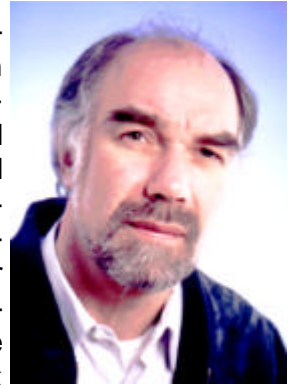
Claudia Cina
geb.: 25.11.1950
Küchenhilfe
DKP Mitglied

Charlotte Muras
geb.: 19.03.1927
Archivarin i. R.
parteilos



Natalie Köhler
geb.: 16.12.1981
Verwaltungsfachangestellte
parteilos

Reinhard Püschel
geb.: 14.12.1951
Schlosser
Stell. Vors. Mieterverein
DKP Mitglied



Sechs von 29 Kandidatinnen und Kandidaten werben für die Gemeinderatswahl um Ihre Zustimmung. Darunter der Betriebsratsvorsitzende und Ver.di-Gewerkschafter Wilhelm Benz. Erfahren in der gewerkschaftlichen Interessenvertretung beim Elektronikhandel ProMarkt. Reinhard Püschel kümmert sich ehrenamtlich als stell. Vorsitzender des Mietervereins um Mieterprobleme in verschiedenen heidenheimer Wohngebieten. Dass der Wahlvorschlag der

DKP mit knapp 35% Frauen aufweist, freut uns besonders.

Übrigens, die beiden Kandidaten zum Gemeinderat W. Benz und R. Püschel sind auch unsere Kandidaten zur Europawahl. Nicht nur politisch und wirtschaftlich ist die Kommunalpolitik mit der Europapolitik verknüpft. Mit beiden Kandidaten wird auch die politische Beziehung von Kommunal- und Europapolitik deutlich.

Unsere freundschaftlichen Beziehungen zu den Kommunalparlamenten und Parteien unserer Partnerstädte Clichy, St. Pölten, Döbeln und Jihlava, sind ein guter Beweis unserer abgeschlossenen Zusammenarbeit.

Also, sowohl bei der Gemeinderatswahl als auch bei der Europawahl sind Ihre Stimmen für die Listen der DKP keine vergeudete Stimmen.



Der 1. Mai - ein Kampftag?

„Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“. (Artikel 20(4) Grundgesetz)

Wie verhält es sich denn mit dem Gleichheitsgrundsatz in der Gesundheits- und Bildungspolitik? Warum wird der arbeitenden Bevölkerung, den sozial Schwachen



und den Rentnern genommen und den Reichen gegeben? Warum dürfen Industriemanager Millionen Abfindungen kassieren, wenn Betriebe und damit Beschäftigte in die Arbeitslosigkeit entlassen werden? Warum dürfen Politiker wie Westerwelle (FDP) und Merz (CDU) die Gewerkschaften und damit Millionen Mitglieder diskriminieren? Warum dürfen Politiker die ganze Welt als militärisches Einsatzgebiet der Bundeswehr markieren? Warum stellen Politiker die Forderung, die Bundeswehr im Innern ein-



setzen zu wollen ohne das Grundgesetz zu ändern? Warum stimmt die Bundesregierung einer EU-Verfassung zu, die unsere nationalen Grundrechte teilweise außer Kraft setzen? Warum versucht die Politik in Berlin auf kaltem Wege Grundrechte außer Kraft zu setzen? Welches Interesse steht hinter dieser

Politik?

Wann endlich besinnen sich die Gewerkschaften, das in Ihren Satzungen angesprochene Widerstandsrecht in die politische Auseinandersetzung einzubringen. Ist es nicht höchste Zeit, sich auch innerhalb der Gewerkschaften auf die neue Kriegspolitik der Regierenden einzustellen und Widerstand zu entwickeln?



Ein Bündnis für die Zukunft!

Unabhängig der gewerkschaftlichen oder der politischen Zugehörigkeit ist ein Bündnis gegen den Sozialkahl-schlag, den die SPD/Grüne Koalition in Berlin vorantreibt, ein notwendiger, ein lebensnotwendiger Zusammen-schluss.

Ein Bündnis ist ein Zusammenschluss unterschiedlicher politischer und persönlicher Interessen, die für ein bestimmtes, ein gemeinsames Ziel, gemeinsame Aktivitäten organisiert. Ein Bündnis hat einen gemeinsamen inhaltlichen Nenner des Kampfes für gemeinsame Interessen.

Das Heidenheimer Bündnis gegen den Sozialkahl-schlag ist ein solcher Zusammenschluss. Es lohnt sich also, diesem Bündnis mehr Aufmerksamkeit zu schenken.



Arbeitszeitverkürzung

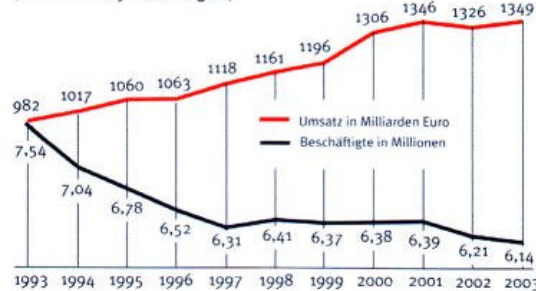
VOITH Betriebe am Standort

Das Streben der Unternehmer nach Maxi-malprofit, egal wie es den Beschäftigten und ihren Familien ergeht, kennzeichnet unser Wirtschaftssystem und beherrscht die gesamte Politik. SPD und Grüne wol-len uns Glauben machen, dass unsere Wirtschaftskraft am Ende sei. Steigende Arbeitslosigkeit einerseits, aber längere Arbeitszeiten und steigende Überstunden andererseits. Sozialabbau einerseits, aber weltweite Kriegseinsätze anderer-seits. Deutschland ist Ex-portweltmeister. Die Aus-fuhren, der Export ist höher als der in den USA. Das Bruttoinlandprodukt ist in der Zeit von 1992 bis 2003

um 16,2 % gestiegen. Die Ar-beitsproduktivität, also Eure Ar-beitsleistung pro Stunde, stieg trotz insgesamt weniger geleisteter Stunden an. Alle volkswirtschaftlich bekannten Zahlen sagen Es muss mehr Lohn in den Geldbeutel und die Arbeitszeit muss nicht verlängert sondern, verkürzt werden. Den Extraprofit, den die Unter-nehmer mit einer Verlängerung der Wochenarbeitszeit einfordern, ist eine einseitige Bereicherung der Aktionäre, der Banken und der Unter-nehmerbosse.

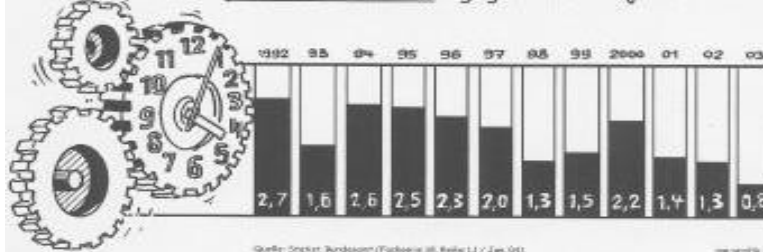
WENIGER BESCHÄFTIGTE, MEHR UMSATZ

Umsatz und Beschäftigte in deutschen Industriebetrieben (mit mehr als 19 Beschäftigten)

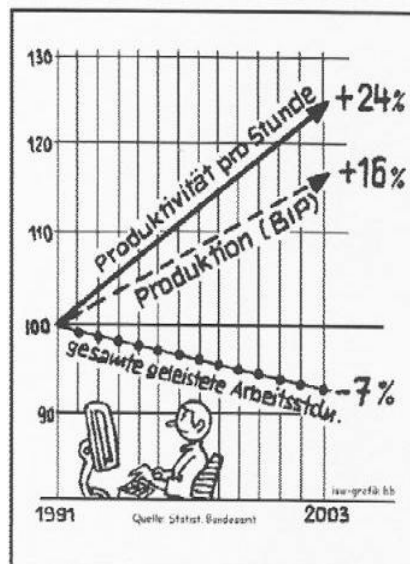


Quelle: Statistisches Bundesamt

Arbeitsproduktivität pro Arbeitsstunde - gegenüber Vorjahr in %



Quelle: Statist. Bundesamt (Fachserie 33, Reihe 1.1 / 2 im 502)



Quelle: Statist. Bundesamt

VOITH AG

Trotz des ge-w a c h s e n e n volkswirtschaftlichen Kuchens von 1991 mit 971 Mrd. Euro auf 2002 mit 1.378 Mrd. Euro ist die Verteilung des verfügbaren Ein-kommens der Privathaushalte von 49,6% auf 42,7% gefallen. Die Gewinn- und Vermögensein-kommen dage-gen von 27,9%

auf 30,2% gestiegen. Die Reichen werden immer reicher.

Was bleibt? Nach den macht-vollen Widerstandsaktionen des 03. April gegen den Sozialkahl-schlag ist das Gebot der Stunde in den Betrieben die Kraft des Widerstands fortzusetzen. Den For-derungen der Unternehmerv-ebänden nach Arbeitszeitverlänge-rung ohne Lohnausgleich die For-derung nach Arbeitszeitverkür-zung mit vollem Lohnausgleich entgengzusetzen.

Vermischtes / Internationales

Bewaffnete Avantgarde

BERLIN - Die oppositionelle CDU orientiert auf eine aggressivere Durchsetzung deutsch-europäischer Weltmachtambitionen gegen die USA. Dies geht aus dem jüngst verabschiedeten „Europa-Manifest“ der Partei hervor. Die CDU, die der streckenweise scharf gegen die USA gerichteten Strategie der Regierung bisher skeptisch gegenüber stand, fordert nun die „Bündelung militärischer Fähigkeiten“, um die Europäische Union zur gleichberechtigten Konkurrenz der USA aufbauen zu können. Gleichzeitig gewinnen aggressive Positionen an Gewicht, die auf das deutsch-französische Machtkartell als den militärischen „Kern des Kerns“ der EU setzen.

Kriegspflicht

BRÜSSEL - Das kerneuropäische Machtkartell unter deutsch-französischer Führung nutzt die Anschläge von Madrid, um alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union militärisch enger an sich zu binden. Eine von den Staats- und Regierungschefs in Kraft gesetzte „Solidaritätsklausel“ verpflichtet die EU-Staaten, ihre militärischen Ressourcen in den Dienst des vorgeblichen „Kampf gegen den Terrorismus“ zu stellen.

Langjährige Erfahrungen

LISBOA/MADRID - Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) mischt sich in die portugiesische Innenpolitik ein und unterstützt die Kandidatur des ehemaligen Ministerpräsidenten Anibal Cavaco Silva bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2006. Wie der Madrider Repräsentant der Stiftung, Michael Däumer, erklärt, ist die KAS „interessiert“ an einem Präsidenten, „mit dem wir schon Erfahrungen haben“. Die deutsche Organisation leistet seit den 1970er Jahren intensive Einflussarbeit bei Cavaco Silvas Partei PSD und verfügt über „gute Kontakte“ zur portugiesischen Außenministerin Teresa Patrício Gouveia (PSD).

Alle Artikel: www.german-foreign-policy.com

Am 13. Juni 2004 sind die Gemeinderatswahlen sieben von 29 Kandidatinnen und Kandidaten werben um Ihre Zustimmung



Martin Surmiak
geb.: 24.09.1953
Dip. Ingenieur (FH)
DKP Mitglied

Betina Noak
geb.: 10.06.1948
Heimerzieherin
parteilos



Waltraud Kasun
geb.: 10.06.1951
Arbeiterin
parteilos



Siegbert Fischer
geb.: 21.01.1941
Dipl. Holzwirt
parteilos



**Kommunalpolitik
Bundespolitik
Europapolitik**
ein Zusammenhang
Für die Kommunalpolitik
DKP
ins Rathaus
Für die Europapolitik
DKP wählen
am 13. Juni 2004



Sabine Steck
geb.: 01.05.1958
Diplomwökonomin
parteilos
Oggenhausen



Juan Marquez Garcia
Geb.: 04.06.1937
Schlosserhelfer i.R.
parteilos



Tsakaridis Charalampos
geb.: 05.08.1950
Maler z.Zt. arbeitslos
DKP Mitglied

Atomkraft

BERLIN - Das deutsche Militär und Regierungsberater sondieren Möglichkeiten für den Zugriff Berlins auf Atomwaffen. Eine wichtige Rolle in den Strategieplanungen spielt der Vorschlag, im Rahmen der EU-Militärpolitik auch die Nuklearstreitkräfte Großbritanniens und Frankreichs zu „vergemeinschaften“. Die Bundesregierung soll, so fordern Regierungsberater, möglichst schnell eine Konzeption vorzulegen, wie die noch bestehenden Widerstände gegen eine „Nuklearmacht Europa“ zu überwinden sind.

(Eine furchterregende Kriegspolitik die von SPD/Grüne betrieben wird. Anm.d. Red.)